

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr. Günter Rexrodt, Ina Albowitz, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Ulrich Irmer, Gudrun Kopp, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Jürgen Türk, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2002
– Drucksachen 14/6800 Anlage, 14/7312, 14/7321, 14/7322, 14/7323, 14/7537 –**

hier: Einzelplan 12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und
Wohnungswesen**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 12 25 – Wohnungswesen und Städtebau – ist bei Titel 882 17 – Zuweisungen zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen in den neuen Ländern (einschließlich ehemaliges Ost-Berlin) – der Ansatz von 286 835 T Euro um 200 000 T Euro auf insgesamt 486 835 T Euro zu erhöhen.

Berlin, den 27. November 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Das Programm „Stadtumbau Ost“ leidet darunter, dass die Bundesregierung eine zu hohe Komplementärfinanzierung vorsieht, die von den Kommunen nicht aufgebracht werden kann. Die Erhöhung der Haushaltsmittel wird der Verwendung zur Reduzierung der Komplementärfinanzierung für das Programm „Stadtumbau Ost“ zugeführt, womit gewährleistet wäre, dass überhaupt erst die Inanspruchnahme des Programms ermöglicht werden kann.

